



DIE GRÜNEN IM RAT
GRÜN-OFFENE LISTE IN OBERHAUSEN

Grüne

GRÜNE Ratsfraktion Oberhausen * Elsässer Str. 19 * 46045 Oberhausen

Fraktionsgeschäftsstelle

Armin Röpell

Fraktionsgeschäftsführer

Elsässer Str. 19

46045 Oberhausen

Telefon: 0208 - 82 02 96

Durchwahl: 0208 - 82 02 970

Telefax: 0208 - 82 02 980

fraktion@gruene-oberhausen.de

www.gruene-ratsfraktion-oberhausen.de

Stadtsparkasse Oberhausen

Konto-Nr.: 182 873

Bankleitzahl: 365 500 00

5 Min. vom HBF

Nähe Friedensplatz

14.2.2008

P R E S S E M I T T E I L U N G

Umweltzone: Grüne befürchten Klagen von Anwohnern

"Die Menschen im Ruhrgebiet sollen offenbar weiterhin in nicht ausreichendem Maß vor Feinstaub geschützt werden", erklärt der Sprecher der Grünen Ratsfraktion, Volker Wilke, zu Berichten, wonach die Landesregierung keine große Umweltzone Ruhrgebiet einrichten will.

Geht es nach dem Koalitionspartner F.D.P., sollen nur dort Fahrverbote verhängt werden, wo konkrete Messungen die Feinstaub-Problematik belegen. Demnach bliebe offen, ob nach Abbau der Feinstaubmessstation auf der Mülheimer Straße im Jahr 2006 dieser hochbelastete Bereich zur Feinstaubzone erklärt wird. NRW-weit sind zur Zeit lediglich 18 Stationen im Einsatz.

Wilke bezeichnet die sich abzeichnende Regelung als 'Schildbürgerstreich gegen den Umwelt- und Gesundheitsschutz' und rechnet mit Klagen gegen die Stadt Oberhausen. "Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht gegen die Feinstaubbelastungen geschützt werden, werden wir jeden unterstützen, der wegen Untätigkeit der Verwaltungen klagt."

Die Zersplitterung einer einheitlichen Umweltzone minimiere - so Wilke - die Akzeptanz der Menschen für die gesundheitlich notwendigen Regelungen.

"Wird man in Zukunft spezielle Routenplaner in Anspruch nehmen müssen, die den Autofahrer im Zickzackkurs durch das Ruhrgebiet führen, damit er den Flickenteppich von Umweltzonen trickreich umfahren kann?," fragt Wilke nach der Praktikabilität der geplanten Regelungen und befürchtet: "Offenbar möchte die Landesregierung - entgegen den Rat von Fachleuten - nur eine Alibi-Umsetzung der EU-Richtlinie vollziehen. Das Ziel, die Feinstaubbelastung mit ihren gesundheitsgefährdenden Wirkungen zu reduzieren, kann so nicht erreicht werden."

Einmal mehr stelle die schwarz-gelbe Landesregierung die Interessen von Lobbyisten vor allem aus der Wirtschaft über die Interessen der Bevölkerung. Durch die Umweltzone Ruhrgebiet hätte die Feinstaub-Belastung um bis zu 20 % reduziert werden können. Eine Reihe von kleinen Umweltzonen mit voraussichtlich vielen Ausnahmeregelungen sei nicht umsetzbar und gehe am Kern des Problems vorbei.